

Bewusstsein für den RAUM - Hilfe, der Niederrhein wird überflutet!

Aufruf zum Paradigmenwechsel

Der linksrheinische Großpolder (Bonn bis Gelderland-NL) hat das Potenzial einer abflusslosen Geländewanne. Der über 100-jährige Untertagebergbau von Kohle und Salz hat für rd. 500.000 Menschen ein Gefährdungspotenzial nationaler Tragweite geschaffen aus dem es -derzeit- kaum ein Entrinnen gibt, wenn prognostizierte Abfluss- und Niederschlagsmengen sich bewahrheiten. Wissenschaftliche Studien aus den Jahren 2000 und 2004 verheimlichen nicht das Bedrohungs- und Schadenspotenzial für eine Region zwischen dem Niederrhein und Maas von mehr als 200 Mrd. Euro (Stand 2000)!

Gemäß der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (EU-HWRM-RL) reicht es offensichtlich der Landesregierung, wenn sie Gefahren- und Risikopläne öffentlich stellt, Pläne macht und zur Umsetzung keine Kraft hat. Nach wie vor überlässt die Landesregierung den ehrenamtlich tätigen Deichverbänden als KdöR und Kommunen die alleinige Verantwortung über den Hochwasserschutz am Niederrhein. Sind gegenüber den Schutzzielen nicht verpflichtet, lassen unabhängige Prüfungen nicht zu, noch tragen sie Verantwortung, wenn es zu Schäden kommt.

Neueste Erkenntnisse belegen, dass das Gefahrenpotenzial und die Verletzlichkeit durch Starkregenereignissen zunehmen. Im Gegensatz zum Ereignis im Juli 2021 im Westen Deutschlands in den Niederlanden und Belgien, wird ein derartiges Ereignis am bergbaubetroffenen und abflusslosen linken Niederrhein zum Totalverlust der Infrastruktur und zu tausenden Flutopfern führen, für die - so die Erkenntnis der Behörde - kaum eine Rettungschance besteht.

In Anlehnung an das LAWA-Zielsystem geht es um den Erhalt und Pflege eines vernetzten Wirtschaftsraumes in Europa. Eines Raumes der unter sozialen, ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten Beachtung und Verlässlichkeit hat.

Ansätze zum Paradigmenwechsel in NRW

1. Linksrheinisches Bergbaugebiet: Ausweisung als „Kritisches Infrastrukturgebiet“
2. Dringend! Abfluss-Regelung von Stauwasser aus bergbaugeschaffenen Senkungsmulden
3. Straffere Zuständigkeiten und Management für sicherheitsrelevante Belange
4. Vorsorgliche Anlegung von Fluchtwege und -ziele in überflutungsgefährdeten Regionen
5. Pflicht zur Schadensverhinderung für überflutungsgefährdete Regionen
6. Vorsorgender Grundwasserschutz infolge potenzieller Überflutungsgefahr

Mit dieser Strategie folgen wir den Zielen einer vorbeugenden Schadensverhinderung für eine bergbaugeprägte und abflusslose Region. Soll nicht eine Überflutung dieser Region nachhaltig verhindert werden? Dazu erwarten wir ihre Antwort.

Bitte nehmen Sie von den Anlagen Kenntnis.

Im Namen des HWS Teams



Hintergrund, Beschreibung

Wir lieben unseren Lebensraum, wir wohnen und arbeiten hier, hier pflegen wir Kontakte zu unseren Verwandten und Freunden. Wir haben noch eine intakte Infrastruktur. Unsere Wirtschaftskraft ist von nationaler Bedeutung.

Die Auswirkungen des örtlichen Untertagebergbaus und der weitere Kiesabbau erhöhen das Überflutungsrisiko und somit die Verletzlichkeit, die besonders den Bewohnern viele Freiheiten und Sicherheiten nimmt.

Doch eine Sorge treibt uns, dass unser Gemeinwesen durch eine nicht mehr auszuschließende klimabedingte **Wasserflut** vernichtet werden kann.

Im Gegensatz zum Bergischen Land mit „**natürlichen Abfluss von Wassermassen**“, wurde unser ursprünglich potenzielles Überflutungsgebiet durch den untertägigem Rohstoffabbau bis zu 25 Meter abgesenkt. Unsere **Deiche schützen** das dicht besiedelte Gebiet nur gegen örtlichem Rheinhochwasser sind jedoch wehrlos gegen Deichhinterströmungen von Oberlieger und durch den Einfluss von Starkregen, welches derzeit noch **keine Abflussmöglichkeit** in den Rhein hat. **Das Gefahrenpotenzial von nationaler Tragweite dürfte den Verantwortlichen bekannt sein!**

Was das für unsere Region bedeutet, wurde in einer Studie von 2000/2004 sehr deutlich herausgestellt indem kulturelle, ökologische und ökonomische Schäden insbesondere wasserwirtschaftliche Schäden grenzüberschreitend zu erwarten sind.

Vor **Rheinhochwasser** kann man unseren wertvollen Lebens- und Wirtschaftsraum schützen, indem ein **verpflichtender Hochwasserschutz** nach modifizierten Richtlinien gestaltet und von unabhängiger Stelle, einem **Deich-TÜV**, einer ständigen Überprüfung unterliegen würde.

Für viele Menschen wird eine sichere Flucht aus dem überschwemmten Gebieten unmöglich sein. Wie es von der Bezirksregierung heißt, ist eine Rettung der vielen Menschen und Tiere aus den Siedlungs- und Wirtschaftsgebiet nicht möglich!

Wenn man dann im Kreis Wesel, den Kommunen, nur über das Funktionieren des **Katastrophenschutzes** diskutiert, dann akzeptiert man die Katastrophe und **tausende Flutopfer** und immense Schäden bis hin zum Totalschaden für eine bevölkerungsreiche und wirtschaftsstarke Region.

Die Landesregierung rät den Menschen zur Eigenvorsorge. Ganz bewusst werden die hiesigen bergbaulichen Gefährdungen an unserem Gemeinwesen ignoriert. Einen Deich-TÜV will man nicht. Fluchtwege und -ziele sind im Rahmen des Katastrophenschutzes nicht installiert. **Bislang wurde der abflusslose landseitige Wasseraufstau nicht thematisiert.** Ab vier (4) Meter Wasseraufstau besteht **akute Lebensgefahr für Menschen und Tiere.** Totalschaden an Immobilien und Infrastruktur. Die drohende **Freisetzung von wassergefährdenden Stoffen** kontaminiert die Bodenstruktur und verringert die Bodenwerte.

Unterstützen Sie unsere Forderung an die Landesregierung zu einer vorsorgenden und **schadensverhindernde Strategie.** Ein weiter so ist unverantwortlich und gemeinschädlich.

Flutopfer und -Schäden sind vermeidbar. Setzen Sie Ihre Ziele um in Taten! Ein Paradigmenwechsel ist nicht zu umgehen und haben Sie die Kraft dazu.

Folgen Sie unserer Petition! Bitte.

Anlagen:

Anschreiben am Verantwortliche im Land:

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2021/11/Anschreiben-Ausblick-20XX.pdf>

Argumentation: Bergbau-Folgen verschärfen KLIMA-Folgen:

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2021/11/Ausblick-20XX-PC.pdf>

Nachhaltigkeit der Landesregierung?

https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2021/10/Antwort_SN_HWRMP_HWS.pdf

Kritik am System NRW

<https://www.nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2021/08/HWS-Argumentation.pdf>